

Der beste Familienchutz : genügend Wohnraum

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **19 (1944)**

Heft 7

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Diskussion

Herr Stadtrat *Peter*, Zürich, betont, das Referat biete soviel Interessantes, daß man eine Weiterverarbeitung als wünschenswert betrachte. Grundsätzlich könne man mit den Ausführungen von Herrn Dr. Iklé, daß die Wohnungsproduktion in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt werden soll, einiggehen. Aber die Bekämpfung der Wohnungsnot sei eine vordringliche Aufgabe. Die Thesen des Referenten seien mehr für die Zukunft als für den heutigen Tag bestimmt. Ein Leerwohnungsbestand von 0,5 Prozent genüge praktisch nicht. Die Gemeinden müßten darauf Wert legen, daß die Wohnungsnot nicht künstlich geschafft werde, weil wir aus Erfahrung wissen, wie lange es braucht, bis diese Not beseitigt ist. Der Wohnungsbau sollte auch in Zeiten des Überflusses und nicht nur in der Mangelzeit gelenkt werden. Der Siedlungsbau müßte heute schon begonnen werden, es sei bedauerlich, daß der Bundesrat in dieser Beziehung nicht entgegenkommen wolle. Hier liege auch eine Aufgabe unseres Verbandes.

Herr Architekt *Hoechel*, Genf, verweist darauf, daß die Statistiken nicht immer ein richtiges Bild geben. Die Verhältnisse zwischen den einzelnen Wohnungskategorien seien verschieden und der Durchschnittsatz der leeren Wohnungen entspreche nicht den tatsächlichen Verhältnissen auf die verschiedenen Wohnungstypen bezogen.

Herr Architekt *Lanz*, Biel, bemerkt, daß mit dem Leerwohnungsstand oft Unfug getrieben werde. Heute werde der Siedlungsbau von behördlicher Seite gehemmt, darum sehe sich der Redner veranlaßt, den Antrag an den Zentralvorstand zu richten, es sei dem Bundesrat von Verbandes wegen eine Eingabe zu unterbreiten, der Bund möchte die vermehrte Förderung des Siedlungsbaues jetzt schon unterstützen.

Der Vorsitzende nimmt den Antrag zuhanden des Zentralvorstandes entgegen.

Herr *Tyrluch*, Zürich, zeichnet die gegensätzliche Auffassung zwischen den Ausführungen des Referenten und unseren Ansichten in bezug auf die Bodenspekulation. Der gemeinnützige Wohnungsbau sei in dem Referat gar nicht erwähnt worden. Die Bundesbehörden sollten sich doch überlegen, ob sie mit ihren Absichten dem Lande einen Dienst erweisen.

Auch Herr Dr. *Wieser*, Basel, äußert die Meinung, daß die Zusammenkopplung von Wohnungsproduktion und Arbeitsbeschaffung hemmend auf unsere Bestrebungen wirke. Der Grund des Übels liegt in der Statistik, die unter Berücksichtigung unrichtiger Zahlen und Grundlagen zu ebenso unrichtigen Schlüssen komme.

In seinem Schlußwort führt Herr Dr. Iklé aus, er sei sich vollauf bewußt, daß die Prognose der Zukunft für die momentane Notlage wenig Verständnis finden könne, aber die Frage der Arbeitsbeschaffung liege eben in der Zukunft. Da Herr Dr. Klöti über den gemeinnützigen Wohnungsbau gesprochen habe, habe er diese Frage nicht gestreift. Es dürfte ein Trugschluß sein, daß auch diesmal nach Kriegsende die Wohnungsnot so lange dauern werde, weil die Verhältnisse doch anders seien, als in der letzten Nachkriegszeit. Der Siedlungsbau wurde als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme aufgehoben, weil heute die Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen, um diese Pläne zu verwirklichen. Wenn private Wohnbauten mit Subventionen erstellt werden, so müssen diese Gelder, falls die Liegenschaften verkauft werden, zurückbezahlt werden.

Präsident *Straub* schließt *Versammlung und Tagung* um 16.50 Uhr mit dem nochmaligen Dank an die beiden Referenten und richtet den Wunsch an die Delegierten, sie möchten alle diese interessanten Fragen in ihren Sektionen und Genossenschaften zur Sprache bringen. *H. N.*

WOHNUNGSNOT UND WOHNUNGSBAU

Die Wohnungsbauaktion in Baselstadt

Im Rahmen der Wohnungsbauaktion in Basel sind verschiedenen Wohngenossenschaften vom Kanton und vom Bund Subventionen zugesprochen worden. Es hat sich nun gezeigt, daß die Mietzinse der geplanten Wohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungsschichten und die kinderreichen Familien trotz der 35 Prozent Subvention zu hoch angesetzt werden müssen. Auf entsprechende Eingaben der Wohngenossenschaften beschloß der Regierungsrat, gleichzeitig mit der Subventionierung die Übernahme der Straßen- und Dolenerstellungskosten auf Rechnung des Arbeitsrapportfonds unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Arbeitsbeschaffungsrat bzw. den Großen Rat zuzusichern. Nachdem

in einer Besprechung der regierungsrätlichen Delegation mit dem Initiativausschuß des Arbeitsbeschaffungsrates eine grundsätzliche Einigung erzielt und somit den Wohngenossenschaften die Übernahme der Straßen- und Dolenerstellungskosten zugesichert werden konnte, hat nun der Arbeitsbeschaffungsrat selbst einen gegenteiligen Standpunkt eingenommen. Der Regierungsrat sieht sich daher genötigt, dem Großen Rat die Bewilligung des entsprechenden Kredites von 1 222 800 Franken zu Lasten der laufenden Rechnung (Mobilisationskonto) zu beantragen. Davon sollen die Bundessubvention sowie die gesetzlichen Beiträge der Wohnkolonien in Abzug kommen.

Der beste Familienschutz: genügend Wohnraum

In Nummer 1 des Verbandsorgans «Schweiz. Haus- und Grundeigentümer» findet sich aus der Feder eines bekannten Statistikers der folgende beherzigenswerte Passus: «Was nützen uns die Klagelieder über den Geburtenrückgang ohne die genauesten Kenntnisse der Wohnungsverhältnisse unseres Volkes? *Genügender, preiswerter und gesundheitlich einwand-*

freier Wohnraum bildet die erste Voraussetzung für mehr Kinder.» Genau das gleiche haben unsere Bau- und Wohngenossenschaften immer und immer wieder betont, nur hat man es ihnen, bis es beinahe zu spät war, nicht glauben wollen. Wir freuen uns, daß heute auch die Haus- und Grundeigentümer unserer Meinung geworden sind.